

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 15

vom 23. April 2010

Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Nach jüngsten Brandstiftungen wird ab sofort eine Hundertschaft von Zivilfahndern eingesetzt.....	3
Achte Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus.....	4

Wirtschaft und Hafen

Senat beschließt Konzept zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.....	6
Fortsetzung des erfolgreichen Hamburger Modells gesichert	8

Stadtentwicklung, Verkehr, Bauen und Wohnen

Der von Hochtief eingereichte Terminplan entspricht nicht den vertraglichen Verpflichtungen	10
Innensenator Christoph Ahlhaus: „Großzügige Ausnahmen vom LKW-Fahrverbot am Sonntag!“	12

Soziales, Familie und Verbraucherschutz

Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.....	14
Bundesamt unterstützt Datenaustausch bei der Lebensmittelüberwachung	17
Frauen bestimmen ihren Kurs	19
Bildung für die Kleinsten.....	21

Datenschutz

Google-Street-View-Fahrten werden auch zum Scannen von WLAN-Netzen genutzt	22
--	----

Schule, Jugend und Berufsbildung

Von Bildungsinseln zur Bildungslandschaft	24
Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern (KESS 8)	26
Vier Hamburger Schüler debattieren in Berlin.....	29
Welttag des Buches.....	31

Justiz

Schwimmende Konferenzanlage grundsteuerfrei32

Lehman-Zertifikate und Bankenhaftung34

Finanzen

Behörde für Wirtschaft und Arbeit zieht 2013 in das Überseequartier der HafenCity36

Europa

Europawoche 2010.....39

Entwicklungspolitik

Senat ernennt zwölf Mitglieder des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik41

Zur Information

Terminkalender43

20. April 2010/bfi20

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Polizei wird Fahndungsdruck weiter erhöhen!“

Nach jüngsten Brandstiftungen wird ab sofort eine Hundertschaft von Zivilfahndern eingesetzt

Nach den erneuten Brandanschlägen auf fünf Fahrzeuge im Kirchenredder, durch die auch Fahrzeugunterstände nieder brannten und Wohnhäuser beschädigt wurden, erklärt **Innensenator Christoph Ahlhaus:**

„Die Brandanschläge der vergangenen Nacht haben eine erschreckend neue Qualität erreicht, die auch Menschen gefährdet hat. Ich bin zutiefst schockiert, wie rücksichtslos diese Brandstifter ihre blinde Zerstörungswut ausleben. Hier spielen Hirnlose mit dem Leben und der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wer Autos anzündet, muss wissen, dass er eine schwere Straftat begeht und sich gesellschaftlich ins Abseits stellt.

Für mich haben alle Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen der Polizei höchste Priorität, die dabei helfen, diese gemeingefährlichen Straftäter aufzuspüren oder Nachahmungstäter von ihrem unsäglichen Treiben abzuhalten. Daher wird die Polizei ab sofort in enger Abstimmung mit mir den Fahndungsdruck noch weiter erhöhen. Bereits in dieser Nacht wird eine Hundertschaft in Zivil auf der Straße im Einsatz sein. Alle Spuren und Hinweise werden in einer Zentralen Ermittlungsgruppe beim Landeskriminalamt gebündelt.

Mein Appell an alle Menschen in dieser Stadt: Helfen Sie mit, dass wir gemeinsam diesen feigen Brandstiftern das Handwerk legen, damit der Spuk schnell ein Ende hat.

Mein Mitgefühl gehört allen Familien, die Opfer dieser feigen Brandanschläge geworden sind. Ich hoffe, dass Sie sich von diesen schrecklichen Erlebnissen schnell erholen.“

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter und Ralf Kunz, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2678,

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

23. April 2010/pr23

Sperrfrist: Heute 17.00 Uhr

Achte Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus

Rund 750 Hamburger Neubürgerinnen und Neubürger und ihre Familien sind heute auf Einladung des Senats zur achten Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus erschienen. Sozialsenator

Dietrich Wersich begrüßte im großen Festsaal die neuen deutschen Staatangehörigen und überreichte symbolisch an sechs Personen feierlich die Einbürgerungsurkunden.

In seinem Grußwort stellte **Senator Wersich** die Herausforderungen in den Mittelpunkt, vor die zugewanderte Menschen gestellt werden, aber auch die damit verbundenen Chancen: *„Mit dem Entschluss für die deutsche Staatsbürgerschaft übernehmen Sie Verantwortung. Die Einbürgerung ist ein bedeutender Schritt, ein Bekenntnis zu unserem Land und seinen Werten. Ich möchte Sie bitten: Bringen Sie sich in den Dialog der Kulturen ein, geben Sie Ihre Erfahrungen weiter und leisten Sie Ihren Beitrag zu einem friedlichen und demokratischen Miteinander in unserer Stadt.“*

Als Festredner konnte der freischaffende Künstler Saeid Dastmalchian gewonnen werden, der im Alter von 13 Jahren mit seinen Eltern aus Teheran nach Hamburg kam. In seiner Arbeit setzt Saeid Dastmalchian sich für den interkulturell-religiösen Dialog ein. Im letzten Jahr realisierte er gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Hamm das Buchprojekt „Träume leben - Migration als Chance“. Hierbei wurden 15 erfolgreiche Hamburger Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund an ihrem Arbeitsplatz interviewt und porträtiert. Dazu gibt es eine *Ausstellung, die u.a. im August 2010 im Hamburger Rathaus zu sehen sein wird.*

In seiner Festrede sprach **Saeid Dastmalchian** über seine Arbeit: *„Jeder von uns sollte sich irgendwann mal entscheiden, in welchem Zukunftsmodell wir uns sehen und welche unserer Träume wir realistisch weiterverfolgen. Mit meiner Arbeit und meinen Projekten möchte ich anderen Menschen Mut machen, unbeirrt den eigenen Weg zu gehen und an eine Gesellschaft zu glauben, in der sich jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft entfalten kann.“*

Unter den rund 750 Gästen im Rathaus waren ebenfalls Vertreter des Hamburger Integrationsbeirates, der Hamburger Verwaltung sowie Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft. Der offizielle Teil der Feier endete traditionell mit dem gemeinsamen Singen der deutschen Nationalhymne. Dabei erhielten die Gäste Unterstützung von den Kinderchören der Schulen Neugraben und Fischbek unter der Leitung von Peter Schuldt im Rahmen des Projektes YoungClassX.

Zu der heutigen Feier wurden 1996 Personen eingeladen, die zwischen dem 1. September 2009 und dem 31. Januar 2010 die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen haben. Im Jahr 2009

wurden insgesamt 3706 Personen mit ausländischer Herkunft in Hamburg eingebürgert. Davon stammt die größte Gruppe aus der Türkei, gefolgt von Afghanistan, Iran, Polen, Serbien und Ghana.

Auf Einladung des Senats finden seit Herbst 2006 in regelmäßigen Abständen Einbürgerungsfeiern statt, um die Integration der neuen deutschen Staatsangehörigen in einem festlichen Rahmen zu würdigen. Die nächste Einbürgerungsfeier ist für August 2010 geplant.

Für Rückfragen:

Pressestelle des Senats, Simone Ollesch, Telefon: (0 40) 4 28 31 - 2155,

E-Mail: Simone.Ollesch@sk.hamburg.

20. April 2010/bwa20

Senat beschließt Konzept zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen soll stärker und besser unterstützt werden

In Hamburg leben fast eine halbe Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund. Im Vorschulalter kann fast jedes zweite Hamburger Kind einen Migrationshintergrund vorweisen. Ein Migrationshintergrund gehört in Hamburg zur Normalität. Dennoch haben Menschen mit Migrationshintergrund häufig schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Daher hat der Senat heute ein Konzept zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beschlossen. Mit dem vorgelegten Konzept will der Senat die vielen schon vorhandenen Qualifizierungsangebote besser koordinieren und die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt berücksichtigen.“

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Menschen mit Migrationshintergrund haben einen nicht unbedeutenden Anteil an dem, was Hamburg ausmacht: eine gelungene Kombination aus wirtschaftlichem Erfolg und kultureller Vielfalt! Zu oft sind Menschen mit Migrationshintergrund jedoch in einfachen Tätigkeitsbereichen beschäftigt - vorhandene Talente und Qualifikationen werden nicht ausreichend genutzt. Hier müssen wir gegensteuern.“

Das vorgelegte Konzept sieht einen Drei-Schritt vor:

1. Speziell für Zuwanderinnen und Zuwanderer, die bereits im Ausland Qualifikationen oder Berufsabschlüsse erworben haben, will der Senat die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen verbessern. Aufgrund der Vielzahl der behördlichen Zuständigkeiten bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen richtet der Senat beim Hamburg Welcome Center (HWC) eine zentrale Anlaufstelle ein, die eine kompetente Beratung und Begleitung für die verschiedensten Anerkennungsverfahren anbietet. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit wird zudem ein Stipendienprogramm auflegen, damit Menschen an Fortbildungen und Anpassungsmaßnahmen teilnehmen können, welche Voraussetzung für die Anerkennung ihrer im Ausland erworbener Qualifikationen sind.

2. Für Menschen, die bislang nicht oder nur gering qualifiziert sind, sollen die bestehenden Förderangebote passgenauer auf Bedarfe sowie die jeweilige Lebenssituation ausgerichtet werden.

3. Wo Menschen mit Migrationshintergrund trotz guter Qualifikationen keine Arbeit finden, will der Senat durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit Diskriminierungen entgegenwirken. Damit soll auch einer möglichen Abwanderung von Fachkräften und Akademikerinnen und Akademikern mit Migrationshintergrund vorgebeugt werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

20. April 2010/bwa20a

Fortsetzung des erfolgreichen Hamburger Modells gesichert

Auch aufgrund des Einsatzes der Freien und Hansestadt Hamburg kann das Hamburger Kombilohnmodell durch team.arbeit.hamburg weitergeführt werden

Im Koalitionsvertrag haben sich die CDU und GAL dafür ausgesprochen, das erfolgreiche Hamburger Modell zur Beschäftigungsförderung fortzusetzen. Dieser Einsatz auf Bundesebene hat Früchte getragen: Das Hamburger Modell konnte durch die Wiedereinführung der Freien Förderung im Bereich des SGB II auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Durch dieses bundesweit einzigartige Kombilohn-Modell erhielten im vergangenen Jahr mehr als 8.000 Arbeitslose eine reelle Chance auf dem Arbeitsmarkt. Und viele haben sie genutzt: Knapp 70 % der Teilnehmer waren 6 Monate nach Austritt nicht mehr arbeitslos gemeldet, über die Hälfte der vormals Arbeitslosen hatte anschließend eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Diese Erfolge geben uns recht, das Hamburger Modell fortzusetzen.“

Ziel des Hamburger Modells ist es, mit befristeten Lohnsubventionen sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite Beschäftigungs- und Arbeitsanreize vor allem für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte zu schaffen. Das Hamburger Modell – entwickelt durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Kooperation mit der Arbeitsagentur Hamburg - startete 2002 und hat sich inzwischen als eines der wichtigsten Programme der Hamburger ARGE etabliert.

Die Förderung musste aufgrund der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente 2009 auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden. Die gelungene Umstellung ist auch dem Einsatz der Freien und Hansestadt Hamburg auf Bundesebene zugunsten der Wiedereinführung der Freien Förderung im 2. Sozialgesetzbuch zuzurechnen.

Die Wirkungen des Hamburger Modells wurden für das Jahr 2009 erneut untersucht:

- **Knapp 70 %** aller Teilnehmer waren sechs Monate nach Beendigung der Maßnahme **nicht mehr arbeitslos** gemeldet. Von den Teilnehmern, die die Förderung regulär beendeten, meldeten sich sogar **nur 25 % wieder arbeitslos**.
- **Mindestens 54 %** hatten im Anschluss eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Rund **86 %** davon waren bei demselben Arbeitgeber, der sie im Rahmen des Hamburger Modells eingestellt hatte, beschäftigt. Damit erweist sich der so genannte „**Klebeffekt**“ dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments als außerordentlich hoch.
- Sogar Abbrecher profitierten: Auch von den Teilnehmern, die vorzeitig die Förderung beendeten, waren rund **63 %** sechs Monate später nicht mehr arbeitslos registriert.

Ein detaillierter Bericht über die Ergebnisse des Hamburger Modells wird in Kürze von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit veröffentlicht.

Im Rahmen des „**Hamburger Modells zur Beschäftigungsförderung**“ werden pauschalisierte, befristete Zuschüsse gezahlt. Die Förderung beträgt bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung für Arbeitnehmer UND Arbeitgeber jeweils 250 Euro pro Monat, bei Teilzeitbeschäftigung 125 Euro. Förderfähig sind Beschäftigungsverhältnisse mit tariflicher bzw. ortsüblicher Bruttoentlohnung zwischen 401 Euro und 1.700 Euro – den Zuschuss nicht mitgerechnet. Damit werden gezielt Personen mit geringem Verdienstpotezial angesprochen, das vor allem bei Langzeitarbeitslosen und Personen mit geringer Qualifikation vermutet wird.

Im Zuge der Umstellung der Finanzierung wurde der Arbeitnehmerbetrag für Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose auf 300 Euro monatlich aufgestockt. Der Förderzeitraum wird bei unbefristeter Einstellung von sechs auf zehn Monate verlängert. Der Zuschuss ist steuer- und abgabenfrei.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Kultur, Sport und Medien

21. April 2010/bksm21



Hamburg hält Klage gegen Hochtief aufrecht

Der von Hochtief eingereichte Terminplan entspricht nicht den vertraglichen Verpflichtungen

Hochtief enthält der Freien und Hansestadt Hamburg weiterhin den vertraglich geschuldeten Terminplan vor. Schon eine erste Prüfung des am vergangenen Freitag überstellten Papierausdrucks durch die ReGe Hamburg lässt erkennen: Die eingereichte Unterlage erfüllt keines der vertraglich vereinbarten Kriterien. Die Stadt wird daher die Klage beim Hamburger Landgericht aufrecht erhalten.

Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Prof. Dr. Karin von Welck. „ Es ist äußerst bedauerlich, dass Hochtief der Stadt den vertraglich geschuldeten Terminplan weiterhin vorenthält. Das bestätigt erneut unsere Entscheidung, Hochtief auf Herausgabe eines Detailterminplans zu verklagen. Wir werden diese Klage aufrecht erhalten. Denn wir benötigen Planungssicherheit.“

Seit Februar befindet sich die ReGe in Verhandlungen mit dem Generalunternehmer Hochtief. Hintergrund ist eine von Hochtief im Januar bekannt gegebene Verzögerung bei der Fertigstellung der Elbphilharmonie um ein Jahr. Seither fordert die Stadt Hamburg von Hochtief einen fortgeschriebenen Terminplan, der eine Aufklärung der terminlichen Störungen ermöglichen und zudem die vermeintlichen Ansprüche von Hochtief an die Stadt mit Fakten hinterlegen soll. Nach Verstreichen der letzten Frist reichte die ReGe am 7. April 2010 beim Landgericht Hamburg Klage auf Vorlage eines fortgeschriebenen Terminplans ein.

Der von Hochtief am 16. April 2010 vorgelegte Papierausdruck umfasst weder sämtliche wesentlichen Bautätigkeiten, noch sind Planungsvorlaufzeiten erkennbar. Besonders zu bemängeln ist, dass der Ausbau des Großen Konzertsaals nur als ein einziger Vorgang ausgewiesen ist. Damit ist dieser besonders sensible Bereich nicht im Detail überprüfbar. Zugleich erkennt Hochtief seine vertraglichen Verpflichtungen, einen detaillierten Terminplan zu liefern, nicht an.

„Bislang konnte Hochtief in den Verhandlungen für keinen einzigen terminlichen Störungssachverhalt die Stadt als Verursacher nachweisen. Der nunmehr vorgelegte Terminplan führt die angeblichen Planungsbehinderungen ebenfalls nicht aus. Eine abschließende Überprüfung der von Hochtief behaupteten Verzögerung um exakt ein Jahr ist auf dieser Basis noch immer nicht möglich“, erklärt ReGe-Geschäftsführer Heribert Leutner. „Besonders schwer wiegt, dass Hochtief seine vertragliche Pflicht nicht anerkennt, der Stadt einen Detailterminplan zu liefern. Durch die unzureichende Detaillierungstiefe des vorgelegten Plans sind wir in der Erfüllung unserer Bauherrenaufgabe weiterhin eingeschränkt. Trotzdem werden wir in den nächsten Wochen die uns gelieferten Daten genau analysieren.“

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters
Sprecher der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040-428 24 325
0170-564 46 14
karlolaf.petters@bksm.hamburg.de

22. April 2010 / bfi22

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Großzügige Ausnahmen vom LKW-Fahrverbot am Sonntag!“

Landesbetrieb Verkehr und Polizei werden für das kommende Wochenende unbürokratisch entscheiden.

Nach den weitreichenden Flugausfällen der vergangenen Tage in Folge des Vulkanausbruchs auf Island, wird für Sonntag, den 25. April 2010, eine Sonderregelung für das bundesweite Sonntagsfahrverbot für Lkw-Transporte erteilt.

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus kündigt an, dass der in Hamburg zuständige Landesbetrieb Verkehr und die Polizei Hamburg ihren Beitrag dazu leisten werden, dass der Hamburger Wirtschaft der Flankenschutz zukommt, den die Unternehmen brauchen, um den erheblichen Warenstau der letzten Tage zügig aufzulösen.

Innensenator Ahlhaus: "Die enormen Störungen des Flugbetriebs der letzten Tage mit zahlreichen Flugausfällen, auch auf dem Hamburger Flughafen, belasten unsere Wirtschaft und auch die damit verbundene Logistik besonders. Wir werden unbürokratisch unseren Beitrag leisten, dass die ins Stocken geratenen Warentransporte möglichst bald wieder reibungslos funktionieren. Deshalb werden der Landesbetrieb Verkehr und die Hamburger Polizei für den kommenden Sonntag großzügiger Ausnahmen vom Sonntagsfahrverbot erteilen."

Auf der Internetseite des LBV <http://www.hamburg.de/lbv-sonntagsfahrgenehmigung/> kann ein Antragsformular heruntergeladen und ausgefüllt werden. Der LBV erstellt umgehend und unbürokratisch die Ausnahmegenehmigung und sendet diese vorab per Fax an die betreffende Fax-Nummer des Antragstellers. Anders als sonst üblich, kann der Transport am Sonntag, den 25. April 2010, mit dieser via Fax gesandten Ausnahmegenehmigung durchgeführt werden. Das Original muss nicht, wie bundesweit normalerweise üblich, beim Transport mitgeführt werden. Die Hamburger Polizei ist über das Verfahren informiert. Auch die anderen Bundesländer haben von diesem Verfahren Kenntnis.

Der LBV wird alle Anträge, die entsprechend dem Antragsformular vollständig ausgefüllt sind und den LBV bis Freitag 17.30 Uhr erreichen, noch am selben Tag bearbeiten und per Fax an den Antragsteller zurücksenden.

Die Zahlung erfolgt nachträglich. Der LBV wird dem Antragsteller einen Gebührenbescheid zuschicken.

Für Rückfragen:

Landesbetrieb Verkehr

Alex Kruse (Abteilungsleiter) und Dr. Jörg Oltrogge (Geschäftsführer), Tel. 0 40 – 42858-2668 u. -
2011,

E-Mail: ausnahmen@lbv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/lbv-sonntagsfahrgenehmigung

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz, Tel. 0 40 – 42839-2678

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

20. April 2010/bsg20

„Armut und Ausgrenzung überwinden!“ Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Sozialbehörde hat heute aus Anlass des „Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ mehrere Projekte und Maßnahmen Hamburger Behörden und Einrichtungen vorgestellt, die exemplarisch zeigen, wie Menschen unterstützt werden, um Armut und soziale Ausgrenzung zu überwinden.

„Armut als Ausdruck existenzieller Not ist in Deutschland zum Glück eine Ausnahmeerscheinung. Dafür sorgt der Staat, der Menschen, die von Armut bedroht sind, finanziell unterstützt. Allein in Hamburg werden hierfür jährlich rund 1.400.000.000 Euro aufgewendet!“, erklärte hierzu Sozialsenator Dietrich Wersich.

„Leider haben wir aber in den letzten Jahrzehnten lernen müssen, dass mit Geldleistungen allein Armut nicht überwunden wird. Ein Teil der Menschen wird dadurch sogar passiv und abhängig, worunter wiederum besonders deren Kinder leiden. Deshalb haben wir seit Jahren ganz besonders die Angebote zur Überwindung von Armut ausgebaut.“

Die Hamburger Sozialpolitik orientiert sich dabei an drei wichtigen Grundsätzen:

- Menschen aktivieren, damit sie unabhängig von Transferleistungen werden.
- Probleme durch gezielte Förderung und spezielle Angebote überwinden.
- Kompetenzen fördern, um Menschen aus schwierigen Verhältnissen oder mit einem Handicap ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen.

Auf der Pressekonferenz wurden dazu exemplarisch Projekte und Maßnahmen vorgestellt, die in diesem Jahr starten werden. Die Maßnahmen orientieren sich an den für Deutschland festgelegten Themenbereichen des Europäischen Jahres. Diese lauten:

I. Kein Kind darf verloren gehen – Entwicklungschancen verbessern!

Ausbau der Eltern-Kind-Zentren

Das Hamburger Angebot zur Förderung von Müttern und Vätern mit kleinen Kindern wird um 10 neue Eltern-Kind-Zentren aufgestockt. (BSG)

Gesundheitsprävention in Kitas

Hamburg bildet 25 Gesundheitscoaches aus, die in Kitas zum Einsatz kommen. (BSG)

Patenschaften für Familien

Auf dem Hamburger Mentoringtag sollen Paten für belastete Familie gefunden werden. (BSB)



II. Wo ist der Einstieg? – Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden!

Aktivcenter für junge Leute

Jungerwachsene, die besondere Stabilisierungs- und Unterstützungsmaßnahmen benötigen, sollen gezielt aktiviert werden. (team.arbeit.hamburg; t.a.h.)

Energiesparhelfer

Langzeitarbeitslose werden zu Energiesparhelfern qualifiziert. (t.a.h.)

Pilotprojekt „Schwanger und Perspektive“

Förderung von alleinstehenden jungen Müttern. (t.a.h.)

Projekt „Stabilisierungsphase“

Beschäftigungsfördernde Maßnahmen für eingeschränkt erwerbsfähige Arbeitslose. (t.a.h.)

Produktionsschulen

Produktionsschulen und eine stärkere betriebsorientierte Ausbildung führen Schulabgänger zur Ausbildungs- und Betriebsreife. (BSB)

Schnellere Integration wohnungsloser Jungerwachsener

Ein Wohnprojekt mit dem Ziel, wohnungslose junge Menschen zu stabilisieren und in den Ausbildungsmarkt bzw. den Beruf zu integrieren. (BSG)

III. Integration statt Ausgrenzung – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen

Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe

Das Hilfesystem soll aufgrund der Ergebnisse der Obdachlosenuntersuchung 2009 und den konstruktiven Vorschlägen einer Fachtagung der BSG weiter entwickelt werden. (BSG)

Handlungskonzept Schuldenprävention

Zur Vermeidung von Überschuldungen privater Haushalte werden von der BSG eine Reihe von Maßnahmen geplant. (BSG)

Interkulturelle Gesundheit: Mit Migranten für Migranten (MiMi)

Gesundheitsmediatoren aus verschiedenen Herkunftsländern beraten in verschiedenen Einrichtungen. (BSG)

Inklusion statt Ausgrenzung

Die Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen wird auf Veranstaltungen über die Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention informieren. (SkbM)

Senator Dietrich Wersich: „Die vorgestellten Maßnahmen und Projekte sind vielfältig und im Ansatz sehr unterschiedlich. Aber alle verfolgen das gemeinsame Ziel, Menschen dabei zu unterstützen, Armut und soziale Ausgrenzung zu überwinden. Der Vergleich mit anderen deutschen Großstädten zeigt übrigens: Der Hamburger Weg ist erfolgreich. Das ‚Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung‘ ist für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich, das Thema weiter im Blick zu behalten und unseren eingeschlagenen Weg zur Armutsbekämpfung fortzuschreiten.“

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter www.hamburg.de/ej2010

Hamburger Filmprojekt ist eines von 40 geförderten Projekten im Rahmen des EJ 2010

Mehr als 800 Projektanträge waren beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingegangen, 40 sind zur Förderung im Rahmen des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgewählt worden. Eines dieser Projekte ist der „Social Media Award 2010“, mit dem die Hamburger ARINET GmbH einen Beitrag dazu leisten will, die Öffentlichkeit für die Themen Armut und soziale Ausgrenzung zu sensibilisieren und Vorurteilen gegenüber betroffenen Menschen zu begegnen.

Die einziges Projekt aus Hamburg wurde die von der ARINET GmbH eingereichte Idee des Kurzfilmwettbewerbs „Social Media Award 2010“ ausgewählt. Mit dem „Social Media Award 2010“ werden unterschiedliche Akteure, wie Künstler, Schulklassen, Hochschulen, soziale Einrichtungen und Vereine dazu aufgefordert, über Filmbeiträge ihre jeweilige Sicht auf Armut und Ausgrenzung kreativ darzustellen und Beispiele gelungener Integration durch bürgerschaftliches Engagement aufzuzeigen. Der Fokus liegt hierbei auf der Bedeutung von Arbeit für die gesellschaftliche Teilhabe. Preiswürdige Beiträge werden von einer Jury ausgewählt und durch eine öffentliche Internetabstimmung bewertet. Die bestplatzierten Arbeiten werden bei einer Preisverleihung präsentiert und prämiert.

Pressestelle der ARINET GmbH · Marita Krempl, Tel.: 38 90 45-62 · www.arinet-hamburg.de

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg/

20. April 2010/bsg20a

Norddeutsche Bundesländer und BVL vereinbaren Kooperation

Bundesamt unterstützt Datenaustausch bei der Lebensmittelüberwachung

Die Bundesländer Hamburg, Berlin, Bremen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein verstärken ihre Zusammenarbeit bei der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung. Sie nutzen künftig ein vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eingerichtetes Portal, um den notwendigen Datenaustausch effektiver zu gestalten. Eine entsprechende Vereinbarung wurde heute in Hamburg unterzeichnet.

Die neue Infrastruktur ermöglicht den Bundesländern einen schnellen und zugleich sicheren Austausch von Daten im Rahmen ihrer Kooperation bei der Analyse von Proben. Die notwendige Vereinbarung haben der Präsident des BVL, Dr. Helmut Tschiersky-Schöneburg, und die Leiter der Landesuntersuchungseinrichtungen heute in Hamburg unterzeichnet. Die Hansestadt wurde durch Friedrich Liebig, Bereichsleiter im Institut für Hygiene und Umwelt (HU) der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, vertreten.

„Das BVL freut sich, die Untersuchungseinrichtungen der Länder durch die Bereitstellung des Portals bei ihrer täglichen Arbeit unterstützen zu können“, erklärte Dr. Tschiersky-Schöneburg.

Im Rahmen der amtlichen Untersuchung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen arbeiten die norddeutschen Bundesländer schon seit einigen Jahren zusammen. Dazu werden Proben ausgetauscht, die dann von besonders ausgestatteten Laboren, wie auch vom Hamburger HU, untersucht werden. Die Kooperation erstreckt sich auf untersuchungstechnische Fragen sowie auf die Beurteilung von Proben aus lebensmittelfachlicher Sicht. Die Untersuchungsergebnisse fließen in die amtliche Überwachung in den Bundesländern ein. Diese Zusammenarbeit wurde in den letzten Jahren verstärkt, so dass mittlerweile rund 4.000 Proben ausgetauscht wurden.

Um den Austausch der dabei anfallenden Daten, beispielsweise die in den Laboren ermittelten Untersuchungsergebnisse, auf dem elektronischen Wege zu ermöglichen, nutzen

die Länder künftig ein vom BVL zur Verfügung gestelltes Datenmeldeportal. Das BVL unterstützt auf diese Weise die Tätigkeit der Lebensmittelüberwachung der Länder.

Hinweis für die Medien:

Fotos von der Unterzeichnung stehen Ihnen unter www.hamburg.de/hu zur Ansicht bzw. zur Bestellung zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt

Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg

21. April 2010/bsg21

KWB
Koordinierungsstelle
Weiterbildung
und Beschäftigung e.V.

Frauen bestimmen ihren Kurs

Sozialsenator Dietrich Wersich stellt das Projekt „Mehr Wert! – Ursachen für Lohnunterschiede angehen“ vor

Die Sozialbehörde greift mit dem Projekt „Mehr Wert!“ die aktuelle Diskussion zu den noch immer erheblichen Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern auf. Durchgeführt wird das Projekt von der Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V. (KWB), die auch die heute vorgestellte Pressekampagne „Mehr Wert“ – Frauen handeln erfolgreich“ entwickelt hat. In der heutigen Eröffnungsveranstaltung konnten 120 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft mehr über die vielfältigen Ursachen und Hintergründe dieser Lohnunterschiede und möglicher Einflussfaktoren erfahren.

Die Sozialbehörde hat dieses Projekt mit der Zielsetzung initiiert, durch öffentliche Kampagnen und Veranstaltungen auf die vielfältigen Hintergründe der Lohnunterschiede aufmerksam zu machen und gemeinsam mit allen gesellschaftspolitischen Akteuren Initiativen zur Reduzierung dieser Unterschiede zu ergreifen. Denn nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sind 80 Prozent der festgestellten Lohnunterschiede auf sachlich begründete Einflussfaktoren zurückzuführen.

„Das Projekt sensibilisiert für die Thematik der Entgeltungleichheit und ermutigt Frauen, ihren Lebens- und Karriereweg selbst in die Hand zu nehmen. Getreu dem Motto: Frauen bestimmen ihren Kurs!“, erklärte Hamburgs **Sozialsenator Dietrich Wersich** bei der Enthüllung der Plakatkampagne. „Das Thema Lohnungleichheit hat eine zentrale gesellschaftliche Dimension: Es geht um faire Chancen für Familie und Karriere. Auf eine lebenslange finanzielle Absicherung durch einen Partner können und wollen Frauen heutzutage nicht mehr setzen.“

„Die Faktoren Berufswahl, Branche, Arbeitszeiten und unterschiedliche Karriereorientierungen von Frauen und Männern verantworten durch ein komplexes Ineinandergreifen den so genannten Gender Pay Gap“, sagt **Dr. Susanne Dreas**, **Projektleiterin bei der KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung**. Wie diese Lohnlücke überbrückt werden kann, zeigen Coaches und Experten von Mehr

Wert! „Durch eine strategische Lebens- und Karriereplanung können junge Frauen die Stolpersteine in die Lohnfalle umschiffen. Dazu gehört auch, dass sich beide Partner gleichermaßen für Beruf *und* Familie engagieren“, ergänzt Dr. Susanne Dreas.

Wie Komplex die Strukturen der Entgeltungleichheit sind, erfuhren die Gäste bei der Podiumsdiskussion, die Eva Buchhorn, Redakteurin im Ressort Karriere des manager magazins, moderierte. Auch wenn die Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zur geschlechtergerechten Vergütung unterschiedliche Ansichten hatten, waren sie sich in einem Punkt doch einig: „Lohngleichheit ist für Unternehmen in Zukunft ein wichtiges Thema, denn wenn Frauen weniger verdienen als Männer, gehen sie der Wirtschaft als wertvolles Arbeitskräftepotenzial verloren. Mit einer chancengleichen Personalentwicklung lassen sich Frauen gezielt für gut bezahlte Positionen gewinnen“, sagt **Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein** (UV Nord).

In anschließenden Workshops, die sich an Frauen, Multiplikatoren der Berufsberatung und an Unternehmen richteten, hatten alle Veranstaltungsteilnehmer die Möglichkeit, die Thematik zu vertiefen, eigene Erfahrungen einzubringen und Problemstellungen anzugehen. Damit bekamen sie einen Vorgeschmack auf das, was Mehr Wert! auch in Zukunft zu bieten hat: kurzweilige und lehrreiche Seminare, interaktive Workshops und spannende Events, um mit Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen in Hamburg aufzuräumen.

Das Projekt wird aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, Förderperiode 2007-2013, der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie der Behörde für Wirtschaft und Arbeit finanziert.

Weitere Informationen unter www.erfolgreich-mehrwert.de

Für Rückfragen der Medien:

<p>KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V. Dr. Susanne Dreas, Stella Regna Kapstadtring 10, 22297 Hamburg Tel.: 040 637855-61; Fax: 040 637855-99 E-Mail: regna@kwb.de Internet: www.erfolgreich-mehrwert.de</p>	<p>Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Pressestelle Julia Seifert Tel.: 040 - 42863-2889, Fax: 42863-38 49 E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg/</p>
--	---

21. April 2010/bsg21a

Bildung für die Kleinsten

Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet bundesweite Fachtagung zur Betreuung von Kinder unter drei Jahren

„Kinder unter drei: eine bildungspolitische Herausforderung“ – unter dieser Überschrift findet vom heutigen Mittwoch, 21. April, bis zum Freitag, 23. April, in Hamburg eine bundesweite Fachtagung zur Betreuung von Kleinkindern statt. Dr. Angelika Kempfert, Staatsrätin der Sozial- und Familienbehörde, hat die Veranstaltung heute im Haus der Patriotischen Gesellschaft eröffnet. Die Tagung wird von der Sozial- und Familienbehörde gemeinsam mit den Verbänden und Trägern der Kindertagesbetreuung, den Hamburger Fachschulen für Sozialpädagogik sowie der Patriotischen Gesellschaft von 1765 durchgeführt.

„Es ist gerade für diese Altersgruppe eine anspruchsvolle Aufgabe, die Betreuung entwicklungsgemäß zu gestalten und die Balance zwischen ‚Schutz und Geborgenheit‘ einerseits und dem Abenteuer des ‚In-die-Welt-Hinausgehens‘ andererseits zu finden“, so **Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert**. „Das große Interesse an der Fachtagung zeigt, dass sich viele Hamburger Träger und Verbände sowie die Aus- und Fortbildungsstätten der pädagogischen Fachkräfte dieser Herausforderung bewusst sind und sie im Sinne der Kinder aktiv gestalten.“

Rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Hamburg sowie dem gesamten Bundesgebiet haben sich für die Fachtagung angemeldet. In Vorträgen und Fachforen geht es unter anderem um altersgerechte pädagogische Konzepte, Bildungsanregungen für Kinder unter drei Jahren, personelle und räumliche Rahmenbedingungen in Krippen, die Zusammenarbeit mit den Eltern sowie um die Aus- und Fortbildung der erzieherischen Fachkräfte. Offene Werkstattgespräche bieten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern außerdem Raum für Austausch und Vernetzung.

An der Fachtagung werden führende Wissenschaftler sowie zahlreiche Fachkräfte mitwirken. Die Fachtagung will ein Forum sein, um wissenschaftliche Erkenntnisse aufzugreifen, Erfahrungen auszutauschen und neue Impulse für die weitere Entwicklung auszusenden. Für die Umsetzung sollen im Interesse der Kinder weiterhin die richtigen Rahmensetzungen erfolgen.

Mehr Informationen zur Tagung unter www.hamburg.de/kita/fachinformationen

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg/



GEMEINSAME PRESSEERKLÄRUNG

22. April 2010

Google-Street-View-Fahrten werden auch zum Scannen von WLAN-Netzen genutzt

Datenschützer fordern sofortigen Ausbau der WLAN-Scanner aus Google-Street-View Fahrzeugen

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar, hat über eine andere europäische Datenschutzbehörde erfahren, dass Google-Street-View-Fahrzeuge auch mit einem Scanner für WLAN-Netze ausgestattet waren.

Ein Vertreter von Google Inc. hat auf Nachfrage gegenüber dem zuständigen Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Prof. Dr. Johannes Caspar, eingeräumt, dass auch in Deutschland alle für den Internetdienst von Google Street View im Einsatz befindlichen Fahrzeuge mit technischen Geräten zur Kartografierung von WLAN-Netzen ausgerüstet seien. Eine schriftliche Antwort auf Fragen über die genauen technischen Vorgänge und Hintergründe dieser Erfassung haben wir von Google nicht erhalten. Ebenso wenig wurde uns bisher die Besichtigung eines Google-Street-View-Fahrzeugs ermöglicht.

Damit erhärtet sich der Verdacht, dass die Fahrten für Google Street View in den letzten Jahren nicht nur zur Aufnahme von Straßenansichten, sondern auch zur flächendeckenden Erhebung und Speicherung gerade auch der von privaten Haushalten betriebenen WLAN-Netze genutzt wurden. Nach gegenwärtigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass neben der örtlichen Erfassung, dem Verschlüsselungsstatus der Geräte, der weltweit eindeutigen MAC-Adresse auch der vom Betreiber vergebene Name (sog. SSID) gespeichert wurde. Bei letzterer verwenden Privatpersonen nicht selten ihre Klarnamen oder andere auf sie hinweisende Informationen. Sowohl mit Blick auf die Benutzung des eigenen Namens als auch auf die Möglichkeit, die WLAN-Netze aufgrund ihrer örtlichen Lage Bewohnern von Häusern zuzuordnen, handelt es sich um die Erfassung und Speicherung personenbezogener Daten und deren Übertragung in die USA.

Hierzu erklärt Professor Dr. Johannes Caspar: „Das Vorgehen von Google ist nicht akzeptabel. Zu keiner Zeit war dieses rechtswidrige Scannen Gegenstand der geführten Gespräche über Google Street View. Die Betreiber von WLAN-Netzen haben von der heimlichen Speicherung ihres Netzwerks nichts bemerkt. An einer Verhinderung

insbesondere der öffentlichen Verbreitung des Verschlüsselungsstatus haben sie aber ein großes Interesse. Informationen über den Verschlüsselungsstatus sind höchst missbrauchsanfällig und können durchaus dazu führen, dass entsprechende Daten als Wegweiser für Schwarzsourfer genutzt werden. Ich fordere daher den sofortigen Ausbau aller entsprechenden Scanner. Die Fahrten für Google-Street-View dürfen erst wieder aufgenommen werden, wenn Google auf den Boden unserer Vereinbarung vom Juni 2009 zurückkehrt und die datenschutzwidrigen Fahrten zum Netzwerkscanning einstellt.“

Mit großer Verärgerung auf die Ausnutzung der Fahrten zur Sammlung weiterer Daten reagiert auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar:

„Ich bin entsetzt, zu welchen Zwecken diese Fahrten ohne Wissen Dritter genutzt worden sind.

Ich fordere Google auf, die bisher rechtswidrig erhobenen personenbezogenen Daten über die WLAN Netze umgehend zu löschen und die Fahrten für Street View zu stoppen. Ich stimme mit meinem Hamburger Kollegen überein, dass künftig nur noch Fahrten im Rahmen von Google Street View hingenommen werden, die auf der Grundlage der Vereinbarung mit den Datenschutzaufsichtsbehörden und in Übereinstimmung mit dem Datenschutzrecht von Deutschland erfolgen. An unsere Datenschutzstandards muss sich auch Google halten! “

Caspar und Schaar kündigten an, das Thema auch bei der nächsten Sitzung der Aufsichtsbehörden im Düsseldorfer Kreis in der kommenden Woche in Hannover zu erörtern.

Rückfragen/Kontakt:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 – 4041

und

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

- Pressestelle -

Husarenstraße 30, 53117 Bonn

Tel.: 0228 / 997799-916

19. April 2010/bsb19

Von Bildungsinselfn zur Bildungslandschaft

Christa Goetsch eröffnete die Auftaktveranstaltung zu ‚Lernen vor Ort‘

Bildungseinrichtungen miteinander vernetzen, die Angebote überschaubarer, transparenter und leichter zugänglich machen und damit lebenslanges Lernen ermöglichen. Das sind die zentralen Aufgaben des neuen Projekts ‚Lernen vor Ort‘ der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung.

Unter dem Motto „Gemeinsam gestalten – verantwortlich sein!“ fand heute mit einem Grußwort der Bildungssenatorin Christa Goetsch der offizielle Auftakt dafür statt. Das Team der Projektgruppe schafft in den nächsten drei Jahren verbesserte Strukturen, die eine optimale Zusammenarbeit aller mit Bildung befasster Einrichtungen in Hamburg ermöglicht. Daran beteiligen sich Behörden, Bezirke sowie Patenstiftungen – für ein gerechtes, überschaubares und aufeinander abgestimmtes Bildungssystem. Damit aus einzelnen Bildungsinselfn eine flächendeckende und in jedem Lernbereich tragfähige Bildungslandschaft entsteht.

„Wir haben in Hamburg ein breites Angebot an sehr guten Bildungseinrichtungen, Förderprojekten oder Lerninitiativen“, sagt Bildungssenatorin Christa Goetsch. „Aber die Chance, diese wahrzunehmen, hängt in vielen Lebens- und Lernphasen noch zu oft vom Wohnort, oder der fehlenden Information ab. Lernen vor Ort wird vernetzen und Übersicht schaffen.“

Eva Pertzborn, Leiterin des Projektes, will „Impulse geben, motivieren und damit eine ressort-, behörden- und institutionsübergreifende Zusammenarbeit fördern. ‚Lernen vor Ort‘ ist in den allen Hamburger Bildungsbereichen präsent: Von frühkindlicher Bildung bis hin zur Gestaltung der nachberuflichen Phase.“

Projektinformationen

‚Lernen vor Ort‘ ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit deutschen Stiftungen. In einem Zeitraum von drei Jahren werden 40 Kreise und kreisfreie Städte bei der Umsetzung ihres Ziels – ein kohärentes Bildungsmanagement vor Ort zu entwickeln – mit einem Gesamtvolumen von 60 Millionen Euro unterstützt. Dieses setzt sich

aus Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds zusammen. Hamburg stehen davon 3,3 Mio. Euro zur Verfügung. Angesiedelt im Amt für Weiterbildung der Behörde für Schule und Berufsbildung wird es neben den sieben Bezirken von allen relevanten Fachbehörden unterstützt. Die drei Paten sind Körber-Stiftung, Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. und Haspa Hamburg Stiftung.

Presserückfragen

Melanie Nickel
stellv. Pressesprecherin der Behörde
und für Schule und Berufsbildung
T: (040) 428 63 - 3497
F: (040) 427 966 – 148
E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

Inhaltliche Rückfragen

Eva Pertzborn, Projektleiterin ‚Lernen vor Ort‘
Amt für Weiterbildung der Behörde für Schule
Berufsbildung
T: (040) 428 88 – 1790
E: eva.pertzborn@bsb.hamburg.de

19. April 2010/bsb19a

Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern (KESS 8)

Ergebnisse der Längsschnittstudie für die Klassenstufe 8

Die Ergebnisse der Längsschnittstudie ‚Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern‘ (KESS) für die Klassenstufe 8, in der die Lernstände und die Leistungsentwicklung eines gesamten Schülerjahrgangs im Leseverständnis, in Mathematik, Englisch, Orthografie und in den Naturwissenschaften untersucht wurden, sind ab heute im Internet zugänglich (<http://www.hamburger-bildungsserver.de/>).

Mit KESS 8 konnte der dritte Messzeitpunkt dieser Studie realisiert werden, an dem im Sommer 2007 rund 13.900 Hamburger Schülerinnen und Schüler am Ende der achten Jahrgangsstufe teilnahmen. Da derselbe Schülerjahrgang bereits flächendeckend in den beiden vorangehenden Studien KESS 4 im Jahr 2003 und KESS 7 im Jahr 2005 getestet und befragt wurde, kann nun mit KESS 8 die gesamte Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler vom Ende der Jahrgangsstufe 4 bis zum Ende der Jahrgangsstufe 8 nachvollzogen werden.

Die zentralen Ergebnisse:

Am Ende der Jahrgangsstufe 8 sind beträchtliche Unterschiede in den mittleren Lernständen der Schülerinnen und Schüler an den verschiedenen Schulformen zu finden. Erwartungsgemäß erreichen im Durchschnitt die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien die höchsten Lernstände. Insbesondere die Hauptschülerinnen und Hauptschüler erreichen im Vergleich erheblich niedrigere Lernstände. Trotz dieser Unterschiede zeigen sich auch deutliche Überschneidungen zwischen allen Schulformen des gegliederten Schulsystems. Ein beachtlicher Anteil der Schülerinnen und Schüler an (integrierten) Haupt- und Realschulen erreicht Lernstände, die denen der leistungsschwächeren Gymnasiastinnen und Gymnasiasten entsprechen oder sie sogar überragen. Offenbar liegen hier unerkannte Potenziale der Schülerinnen und Schüler vor, die stärker als bisher ausgeschöpft werden könnten. Am Ende der Jahrgangsstufe 8, d. h. zum Zeitpunkt der Erhebung, ist allerdings noch nicht absehbar, ob diese Jugendlichen im Anschluss an die Jahrgangsstufe 10 die Übergangsmöglichkeiten in die gymnasiale Oberstufe nutzen.

Schülerinnen und Schüler, die unterschiedliche Schulformen besuchen, starten bereits am Anfang der Jahrgangsstufe 5 mit deutlich unterschiedlichen mittleren Lernständen. Diese Differenzen bleiben bis zum Ende der Jahrgangsstufe 8 erhalten. Die Leistungsentwicklung verläuft nach der Grundschule bis zum Beginn der Jahrgangsstufe 7 etwas positiver für die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler der Gymnasien. Deutliche Unterschiede lassen sich in den Lernentwicklungen von Mädchen und Jungen bilanzieren: Während die Mädchen bereits am Ende der Grundschulzeit mit günstigeren Kenntnissen der deutschen Sprache im Leseverständnis und in der Rechtschreiben sowie mit besseren Englischleistungen in die Sekundarstufe starten, gelingt es in den folgenden Schuljahren nicht, diese Leistungsrückstände der Jungen auszugleichen. Vielmehr vergrößert sich der Leistungsrückstand der Jungen. In Mathematik und in den Naturwissenschaften hingegen gelingt es den Mädchen im Verlauf der Sekundarstufe, den Vorsprung, den die Jungen noch am Ende der Grundschule aufweisen konnten, deutlich zu verringern.

Für Schülermerkmale wie den Migrationsstatus, das elterliche Bildungsniveau oder die soziale Lage der Schülerfamilien lassen sich teilweise beträchtliche Unterschiede in den Lernausgangslagen der Schülerinnen und Schüler bereits am Ende der Grundschulzeit feststellen. Diese deutlichen Niveauunterschiede bleiben erhalten, da die Lernentwicklungen zum großen Teil gleichförmig verlaufen.

Auch in den Jahrgangsstufen 7 und 8 finden noch Schulformwechsel statt. Der Anteil dieser Übergänge ist allerdings im Vergleich zu den Quoten der ersten zwei Jahre der Sekundarstufe deutlich geringer und betrifft 3,7 Prozent der Schülerschaft. Von diesen wechselt der Großteil zwischen den Haupt- und Realschulklassen, nur wenige Schülerinnen und Schüler gehen in den Jahrgangsstufen 7 und 8 auf ein Gymnasium über. Dies zeigt, dass Schulformentscheidungen hauptsächlich in der Beobachtungsstufe bzw. im Übergang von der sechsten in die siebte Jahrgangsstufe korrigiert werden.

Immerhin verbleiben 66,6 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Gymnasialempfehlung bis zum Ende der Jahrgangsstufe 8 auf dem Gymnasium. Da zu diesem Zeitpunkt die Schullaufbahn noch nicht abgeschlossen ist, kann zwar kein abschließendes Urteil über die Zuverlässigkeit der Grundschulempfehlung getroffen werden, dennoch scheinen diese Schülerinnen und Schüler den Leistungsanforderungen des Gymnasiums bislang standhalten zu können.

Mit der nach Abschluss der Beobachtungsstufe erfolgten weiter differenzierten institutionellen Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 7 in die Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium sind bildungswirksame Effekte verbunden.

Schülerinnen und Schüler am Gymnasium und – in etwas geringerem Ausmaß – an der Realschule, profitieren im Vergleich zu den Hauptschülerinnen und Hauptschülern in ihrer Lernentwicklung in doppelter Weise, nämlich vom positiven institutionellen Effekt dieser Schulformen und von einem durchschnittlich höheren Vorwissen ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler. Umgekehrt stellt die Hauptschule im Vergleich zu den übrigen Schulformen kein günstiges Lernmilieu dar. Diese bildungsgangspezifischen Nachteile lassen sich nicht allein auf die leistungsbezogene und soziale Komposition der Schülergruppen zurückführen. Vielmehr sprechen die Befunde dafür, dass sowohl Effekte der Schülergruppierung als auch institutionell erzeugte Unterschiede in den Lernbedingungen, die unter anderem auf schulformspezifische Stundentafeln, Bildungspläne und Unterrichtskulturen zurückgeführt werden können, für die Entstehung differenzieller Entwicklungsverläufe von Bedeutung sind. Beispielsweise führt auch in Hamburg die höhere Zahl an erteilten Unterrichtsstunden am achtstufigen Gymnasium erwartbar zu höheren Leistungen.

Der Bericht zu KESS 8 wurde in Kooperation zwischen dem Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der Technischen Universität Dortmund und dem Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) der Freien und Hansestadt Hamburg erstellt.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

20. April 2010/bsb20

Vier Hamburger Schüler debattieren in Berlin

Christa Goetsch gratuliert Finalisten von „Jugend debattiert“

Schlagende Argumente, überzeugende Thesen und kluge Ansichten waren beim Finale des Landeswettbewerbs „Jugend debattiert“ im Rathaus zu hören.

Tobias Lentzler vom Gymnasium Hochrad überzeugte bei der Frage „Sollen auf deutschen Flughäfen Sicherheitskontrollen mit Körperscannern eingeführt werden?“, dem Thema für die Klassen 8 bis 10. Er argumentierte eindrucksvoll gegen den Einsatz der neuen Geräte. Manuel Holtmann vom Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer konnte bei der Frage „Soll die Freie und Hansestadt Hamburg der Gentrifizierung des Schanzenviertels gezielt entgegenwirken?“ den Wettbewerb der Jahrgangsstufen 11 bis 13 für sich entscheiden. Er trat schlüssig und schlagfertig gegen eine Einschränkung ein.

Nach Wettbewerben in der Schule und in Regionalverbänden traten die jeweils besten acht Redner der Klassen 8 bis 10 sowie 11 bis 13 gegeneinander an. Unter der Aufsicht einer hochkarätigen Jury aus Politik, Medien und Schulen wurden die Landessieger ermittelt. Sie vertreten Hamburg mit den jeweils Zweitplatzierten Sonja Rinklake vom Carl-von-Ossietzky-Gymnasium und Tobias Manner-Romberg vom Gymnasium Lerchenfeld beim Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“ am 20. Juni in Berlin. Als Preis für ihren heutigen Erfolg überreichte Bildungssenatorin Christa Goetsch einen Gutschein für ein dreitägiges professionelles Rhetorik-Training, das auch als Vorbereitung für das Finale hilfreich ist.

Christa Goetsch: „Die Schülerinnen und Schüler sind äußerst respektvoll mit kontroversen Meinungen umgegangen und haben sich durch qualifiziertes Diskutieren und Mitgestalten bewiesen. Das sind auch Grundvoraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Ich gratuliere den Hamburger Landessiegern recht herzlich.“

Dr. Bernd Klein von der Heinz Nixdorf Stiftung ergänzt stellvertretend für die Projektpartner: „Jugend debattiert‘ ist mehr als nur ein Wettbewerb. Das Projekt ist ein wichtiger Baustein sowohl für die Schulentwicklung als auch für die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.“

Durch Trainings für Lehrer und Schüler fördert „Jugend debattiert“ die sprachliche und politische Bildung sowie die Meinungs- und Persönlichkeitsbildung. Im Schuljahr 2009/10 beteiligen sich mehr als 90.000 Schüler, darunter 4.400 aus Hamburg, und 4.500 Lehrkräfte

an 660 Schulen an dem Projekt, das Schüler aller Schulformen mit einbezieht. Das gemeinsame Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und den Kultusministerien der Länder, in Hamburg der Behörde für Schule und Berufsbildung, läuft unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler.

„Jugend debattiert“ soll in Hamburg auch im nächsten Schuljahr wachsen: Der Senat erhöht sein personelles und finanzielles Engagement und ermöglicht damit die Teilnahme weiterer Hamburger Schulen. Bewerbungen sind bis zum 31. Mai 2010 über den Landesbeauftragten von „Jugend debattiert“, Karlheinz Goetsch, möglich. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.jugend-debattiert.de

Die Sieger im Landeswettbewerb „Jugend debattiert“ Hamburg 2010:

Altersgruppe I (Klassen 8 bis 10):

1. Platz: Lentzler, Tobias; 16 Jahre; Gymnasium Hochrad
2. Platz: Rinklake, Sonja; 16 Jahre; Carl-von-Ossietzky-Gymnasium
3. Platz: Marquardt, Pauline; 14 Jahre; Charlotte-Paulsen-Gymnasium
4. Platz: Kampmann, Lia; 15 Jahre; Gymnasium Oberalster

Altersgruppe II (Jahrgangsstufen 11 bis 13):

1. Platz: Holtmann, Manuel; 19 Jahre; Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer
2. Platz: Manner-Romberg, Tobias; 19 Jahre; Gymnasium Lerchenfeld
3. Platz: Hartjen, Florian Andreas; 19 Jahre; Charlotte-Paulsen-Gymnasium
4. Platz: Sinn, Constantin; 19 Jahre; Gesamtschule Walddörfer

Presserückfragen

Melanie Nickel
Behörde für Schule und Berufsbildung
T: (040) 428 63 - 3497
F: (040) 427 966 - 148
E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

Markus Bissinger
Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“
Tel: 0163.8184956
E-Mail: m.bissinger@t-online.de

23. April 2010/bsb23

Welttag des Buches

Bildungssenatorin Christa Goetsch liest Viertklässlern der Schule An der Gartenstadt vor

„Überraschung für zwei“. Schon der Titel der Geschichte aus dem Welttag-Buch „Ich schenke dir eine Geschichte“ klingt verheißungsvoll. **Bildungssenatorin Christa Goetsch** las sie heute den Jungen und Mädchen der 4. Klasse der Schule An der Gartenstadt vor.

Zum Welttag des Buches besuchte die Senatorin die offene Ganztagschule mit ihren rund 500 Kindern und machte sich zudem ein Bild des seit 2004 bestehenden Immersivkonzepts Englisch und des begabungsfördernden Programms der Schule.

Im sehr erfolgreichen Immersivkonzept Englisch werden die Kinder ausschließlich auf Englisch angesprochen. Alle Fächer außer Deutsch werden ab der 1. Klasse auf Englisch unterrichtet. Die Lehrer sind Muttersprachler oder Lehrkräfte, die mindestens zwei Jahre im englischsprachigen Ausland unterrichtet haben. Zudem gehört die Schule An der Gartenstadt seit fünf Jahren mit 21 anderen Grundschulen zu einem Verbund, um begabte und hochbegabte Kinder besser zu fördern. Im Projekt "Schmetterlinge" des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung und der Behörde für Schule und Berufsbildung können beispielsweise begabte Kinder mehrmals pro Woche in einem „Schmetterlings-Kurs“ ihre besondere Begabung fördern, wie gemeinsames Philosophieren oder mathematisch-naturwissenschaftlich-technisches Experimentieren. Weitere Angebote sind das "Drehtürmodell", das unterforderten Kindern die Teilnahme am Unterricht höherer Klassen ermöglicht. Das Ergebnis: Diese Ansätze der Pädagogik kommen allen Schülern zugute und besonders Begabte bleiben Teil der Klassengemeinschaft.

Der Welttag des Buches wird seit 1996 auch in Deutschland gefeiert. Zahlreiche Buchhandlungen, Verlage, Schulen und Bibliotheken organisieren jedes Jahr mit Engagement und Kreativität Veranstaltungen rund um Bücher und das Lesen.

Presserückfragen

Brigitte Köhnlein

Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 - 2003

F: (040) 4 279 78 - 368

E: brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de



Finanzgericht Hamburg

Pressemitteilung Nr. 4/10/ger21

vom 21. April 2010

Schwimmende Konferenzanlage grundsteuerfrei

Der 3. Senat des Finanzgerichts Hamburg hat gestern in einem bundesweit ersten Musterprozess entschieden, dass eine auf einem städtischen Gewässer schwimmende Anlage auch zu grundsteuerlichen Zwecken nicht als Gebäude auf fremden Grund angesehen werden kann.

Zum Sachverhalt: Die Klägerin hat an eine Hotelgesellschaft eine schwimmende Anlage verpachtet, die auf dem schiffbaren Mittelkanal in Hamburg liegt. Auf dieser Anlage betreibt die Pächterin ein gastronomisches Konferenz- und Eventzentrum. Die Anlage besteht aus drei Schwimmkörpern („Terrasse“, „Lounge“ und „Conference“) sowie aus einem Pfahlbau („Foyer“) zwischen der „Lounge“ und der „Conference“. Die Klägerin und das Finanzamt für Verkehrsteuern und Grundbesitz in Hamburg streiten darüber, ob die schwimmende Anlage der Klägerin als Gebäude auf fremden Grund und Boden im Sinne des Bewertungsgesetzes mit der Folge anzusehen ist, dass für das schwimmende Konferenz- und Eventzentrum Grundsteuer zu zahlen wäre.

Der 3. Senat des Finanzgerichts Hamburg hat sich gestern nach einem Ortstermin mit Beweisaufnahme an Bord des schwimmenden Zentrums der Auffassung der Klägerin – „Jeder, der schon einmal unter Seekrankheit gelitten habe, wisse, dass ein Boot und damit auch das schwimmende Konferenzzentrum nicht standfest und folglich kein Gebäude sei“ – angeschlossen und deren Klage stattgeben. Das gestern verkündete Urteil wird nicht nur für die grundsteuerrechtliche Behandlung von Hotel- und Gastronomieschiffen, sondern auch für Wohnschiffe und die zum längeren Wohnen genutzten Hausboote (Floating Homes) bedeutsam sein.

Für die Klägerin bedeutet diese Entscheidung freilich nur einen Etappensieg. Denn der 3. Senat des Finanzgerichts Hamburg hat wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache die Revision an den Bundesfinanzhof zugelassen.

Für Rückfragen:

Christoph Schoenfeld

Präsidialrichter und Pressesprecher des Finanzgerichts Hamburg

Tel.: 040 - 42843 7749 oder 7726

Fax: 040 - 42843 7777

Das Finanzgericht Hamburg ist als Oberes Landesgericht zuständig für Steuer-, Zoll-, Kindergeld- und Europäisches Marktordnungsrecht. In Zoll- und Marktordnungsverfahren besteht eine gemeinsame Zuständigkeit auch für die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Sechs Senate mit z. Z. 21 Richterinnen und Richtern entscheiden über rund 1.800 Verfahren im Jahr.



Hanseatisches Oberlandesgericht Gerichtspressestelle

Lehman-Zertifikate und Bankenhaftung **Hanseatisches Oberlandesgericht weist Schadensersatzklagen** **zweier Anleger gegen Hamburger Sparkasse ab**

23. April 2010/ger23

In den ähnlich gelagerten Schadensersatzprozessen zweier Anleger gegen die Hamburger Sparkasse wegen des Erwerbs von Lehman-Zertifikaten hat der 13. Zivilsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts am heutigen Tage im Berufungsverfahren die Urteile des Landgerichts Hamburg abgeändert und die Klagen abgewiesen.

In beiden Fällen hat der Senat auf Seiten der Hamburger Sparkasse keine zum Schadensersatz verpflichtende Verletzung der Pflicht zur anleger- und anlagegerechten Beratung festgestellt.

Eine Beratungspflichtverletzung könne – entgegen der Sichtweise des Landgerichts – insbesondere nicht darin gesehen werden, dass die Kläger beim Erwerb der Zertifikate nicht über die Höhe der Gewinnmarge der Hamburger Sparkasse und die nicht vorhandene Einlagensicherung aufgeklärt wurden. Auch könnten die empfohlenen Produkte nicht als besonders spekulative Anlage angesehen werden. Bei einem regulären Verlauf hätten die Zertifikate lediglich das Risiko mit sich gebracht, dass für die Laufzeit keinerlei Rendite auf das eingesetzte Kapital erwirtschaftet worden wäre. Auf die Bonität der Lehman-Brothers Inc. habe im Zeitpunkt der Beratungen in den Jahren 2006 und 2007 ohne Weiteres vertraut werden können. Die Beratung der Anleger, die bereits über Erfahrungen mit riskanteren Wertpapieren verfügt hätten und von der Beklagten über die Möglichkeit eines Totalverlustes aufgeklärt worden seien, sei insgesamt angemessen gewesen.

Zur unterbliebenen Belehrung über die Höhe der von der Beklagten erzielten Gewinnmarge hat der Senat ausgeführt, dass die sog. „kick-back“-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auf die hiesigen Fallkonstellationen nicht übertragbar sei. Nach der „kick-back-Rechtsprechung“ schuldet eine Bank im Rahmen der Anlageberatung Aufklärung, wenn sie – unerkennbar für den Kunden - entweder ihrerseits an einen Vermögensberater, der ihr den Kunden vermittelt hat, Provisionen zahlt oder umgekehrt selbst von einem solchen Berater oder auch dem Emittenten einer Anlage Provisionen bezieht. Eine Übertragung dieser Rechtsprechung auf die hiesigen Fälle scheidet nach der Auffassung des Senats aus, da der Verkauf der Zertifikate ein Eigengeschäft der Beklagten war und entsprechend kein Dreipersonenverhältnis vorgelegen habe. Jedem Anleger, der die Beratungsleistung einer Bank in Anspruch nimmt, hierfür aber keine gesonderte Vergütung entrichtet, müsse klar sein, dass das Unternehmen mit seiner Leistung einen Gewinn erziele. Einer besonderen Aufklärung bedürfe es insoweit nicht. Die Annahme einer entsprechenden Aufklärungspflicht

würde Banken entgegen ihren schutzwürdigen Interessen zwingen, bei der Anlageberatung ihre Kalkulation und Ertragsstruktur vollständig offenzulegen. In den hier zu entscheidenden Fällen habe eine entsprechende Aufklärungspflicht zudem schon deshalb nicht bestanden, weil die Beklagte mit der Empfehlung der Lehman-Zertifikate sogar einen geringeren Gewinn als mit dem Verkauf ihrer anderen Anlageprodukte erwirtschaftet habe. Gegenüber anderen Anlageformen habe damit kein erhöhter Vertriebsanreiz und deshalb auch kein Interessenkonflikt existiert, der die Beklagte zur Offenlegung der Marge und / oder des Platzierungsrisikos verpflichtet habe.

Neben der Aufklärung darüber, dass die Kläger bei dem Erwerb der Lehman-Zertifikate das Emittentenrisiko von Lehman Inc. trugen, bedurfte es nach Ansicht des Senats keines zusätzlichen Hinweises darauf, dass die verkauften Zertifikate nicht der deutschen Einlagensicherung unterlagen. Aus wirtschaftlicher Sicht sei es für einen Anleger, dem bekannt ist, dass ein Totalverlust eintreten kann, ohne Belang, ob dies allein geschieht, weil der Ausgeber der Anleihe insolvent ist oder weil zusätzlich auch kein Sicherungssystem eingreift. Damit komme einer Warnung vor dem Fehlen einer Einlagensicherung neben dem Hinweis auf das Emittentenrisiko keine eigenständige Bedeutung zu. Der Beweis der Behauptung, auch nicht über das Emittentenrisiko belehrt worden zu sein, sei den Klägern nicht gelungen.

Der Senat hat in beiden Fällen die Revision zum Bundesgerichtshof zugelassen. Die Frage, ob eine Bank im Rahmen der Anlageberatung einen Hinweis auf die von ihr erzielte Gewinnmarge aus einem Eigengeschäft erteilen muss bzw. neben dem Hinweis auf das Emittentenrisiko auch noch Aufklärung über das Nichteingreifen eines Einlagensicherungssystem schuldet, sei von grundsätzlicher Bedeutung und bislang nicht höchstrichterlich entschieden worden.

Die Aktenzeichen der Entscheidungen lauten 13 U 117/09 und 13 U 118/09. Nähere Informationen zu den Verfahren können auch den Pressemitteilungen 23.06.2009 (<http://justiz.hamburg.de/1562800/pressemeldung-2009-06-23.html>) und vom 01.07.2009 (<http://justiz.hamburg.de/1582760/pressemeldung-2009-07-01.html>) entnommen werden.

Rückfragen:

Dr. Conrad Müller-Horn

Tel.: 040/42843-2017/Fax: 040:42843-4183

E-Mail: Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de

20.04.2010/fb20

Finanzsenator Carsten Frigge: „Ein Umzug des Bezirksamts Hamburg-Mitte in die Hafencity ist zu teuer“

Behörde für Wirtschaft und Arbeit zieht 2013 in das Überseequartier der Hafencity

Der Umzug des Bezirksamts Hamburg-Mitte in das Überseequartier der Hafencity ist vom Tisch. Aufgrund der erheblichen Mehrkosten, die mit den notwendigen Umbaumaßnahmen im Überseequartier verbunden gewesen wären, um die Immobilie als Publikumsdienststelle herzurichten, wurde diese Variante vom Senat als zu kostenintensiv verworfen. Stattdessen wird die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) den Standort beziehen. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte wechselt nun an den bisherigen Sitz der BWA.

Zu der nun gefundenen Lösung erklärte Finanzsenator Carsten Frigge: „Zu meinem Amtsantritt habe ich wiederholt angekündigt, alle Projekte auf den Prüfstand zu stellen. Damit haben wir jetzt angefangen. Dabei sind wir zu der Erkenntnis gelangt, dass der Umzug des Bezirksamtes Hamburg-Mitte in die Hafencity aus vielerlei Gesichtspunkten zu teuer geworden wäre. Das haben wir nun gestoppt.“

Da die Stadt weiterhin durch eine Mietoption für das Überseequartier gebunden ist, wird die BWA zusammen mit den im Stadtmarketing tätigen Gesellschaften – Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF), Hamburg Marketing GmbH (HMG) und Hamburg Tourismus GmbH (HHT) – zum 1. April 2013 in die Hafencity umziehen. Dadurch werden die Synergieeffekte für Hamburgs bundesweit und international ausgerichtete Aktivitäten an einem zentralen, von

großer Strahlkraft geprägten Standort gebündelt. In die von der BWA bisher im Gebäudekomplex Alter Steinweg/Wexstraße genutzten sowie weiteren dort absehbar frei werdenden Flächen wird anschließend das Bezirksamt Hamburg-Mitte verlagert werden. Der zweite, bisher für eine Anmietung durch die Freie und Hansestadt Hamburg vorgesehene Gebäudekomplex in der HafenCity soll durch einen privaten Mieter genutzt werden.

Diese Lösung ist in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft:

- Die Rahmenbedingungen des Mietvertrags (Anmietung ab dem 1. Obergeschoss) hätten dazu führen können, dass Publikumsdienststellen wie das Bezirksamt Hamburg-Mitte nur mit erheblichem zusätzlichem Kostenaufwand realisiert werden könnten – entweder über aufwändige Rolltreppenkonstruktionen oder sehr kostenintensive Anmietungen von Teilflächen im Erdgeschoss oder im 1. Stock. Zudem wird hierdurch die Zusammenarbeit zwischen Front-Office-Bereichen (Kundenzentrum, Soziales Dienstleistungszentrum) und Back-Office-Bereichen erschwert. Die innerbehördlichen Abläufe werden dadurch erheblich beeinträchtigt. Das konnte jetzt vermieden werden.
- Das Gebäude Alter Steinweg/Wexstraße ist geeignet, das Bezirksamt Hamburg-Mitte in Gänze aufzunehmen. Die besonderen funktionalen Anforderungen (Kundenzentrum, Soziales Dienstleistungszentrum) können dort uneingeschränkt realisiert werden. Die dortige ÖPNV-Anbindung ist ausgezeichnet (S- und U-Bahn, Bus).
- Das Nutzungskonzept für die Büroimmobilien im Überseequartier war von vornherein auf gewerbliche Nutzungen ausgerichtet. Die Nutzung durch die BWA und die weiteren städtischen Unternehmen entspricht dem stärker und führt deshalb zu weniger Umbaumaßnahmen.
- Sofern sich die Anmietung von Flächen durch einen gewerblichen Investor realisiert, kann – auch unter Einbeziehung einer eventuellen Ausgleichszahlung – die Mehrbelastung für den Haushalt im Verhältnis zu einer vollständigen Anmietung reduziert werden.

- Die Idee der „Ankernutzung“ soll nicht nur der weiteren Entwicklung des Überseequartiers zusätzlichen Schub geben, sondern auch die Identifikation der FHH mit der HafenCity-Entwicklungskonzeption signalisieren. Die BWA mit ihren wirtschaftspolitischen Funktionen ist hierfür in besonderer Weise geeignet.
- Durch den Umzug des Bezirksamts Hamburg-Mitte in die Räumlichkeiten am Alter Steinweg/Wexstraße bleiben die städtebaulichen Optionen für das Gelände der City Hochhäuser am Hamburger Hauptbahnhof für die FHH voll erhalten.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

20. April 2010/pr20a

Europawoche 2010

„Hamburg – Hafen für Europa“

60 Jahre Europäische Integration! In Erinnerung an die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 wird bundesweit die Europawoche gefeiert. Der damalige französische Außenminister Robert Schuman legte mit seiner Vision von einem friedlichen Zusammenschluss der Völker Europas den Grundstein für die Europäische Union.

Das diesjährige Motto der Europawoche lautet „**Hamburg – Hafen für Europa**“. Staatsrat **Carsten-Ludwig Lüdemann**, Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund, bei der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten erläutert das Motto: „Für uns in Hamburg ist der Hafen ein wichtiger Wirtschaftsindikator. Er ist das Sinnbild für wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch für die Bewältigung von wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Wenn es uns gelingt auf der Europäischen Ebene die richtigen Weichen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu stellen, werden die Stadt und der Hafen davon profitieren.“

Zugleich drückt das Motto die kulturelle Vielfalt in Hamburg aus. Mehr als ein Drittel der Menschen, die in Hamburg mit einem ausländischen Kulturhintergrund leben, sind aus der Europäischen Union. „Viele europäische Nachbarn haben in Hamburg nicht nur beruflich festgemacht, sondern auch ihren privaten „Heimathafen“ bei uns gefunden“, **so Staatsrat Lüdemann**.

Doch welche Bedeutung hat die Europäische Union für unser tägliches Leben? Welche Beschlüsse werden – geprägt durch Europäisches Gemeinschaftsrecht – in Brüssel gefasst? Wie stärkt der Vertrag von Lissabon die Demokratie? Antworten auf diese und andere Fragen geben die zahlreichen Veranstaltungen während der **Europawoche**, die vom **2. bis zum 10. Mai 2010** in Hamburg stattfindet. Vorträge, Filme, Lesungen und Podiumsdiskussionen regen zum Nachdenken und Mitmachen an. Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden Projekte vorgestellt, die einen Beitrag leisten sollen, soziale Härten zu vermeiden und betroffene Personen wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Aktuelle Themen befassen sich mit den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die europäische Wirtschaft.

Am 6. Mai 2010 fragt der französische **Komiker Alfons** (Emmanuel Peterfalvi) „**Europa für alle – alle für Europa?**“ auf der Studiobühne „Zentrale“ des Thalia Theaters in Hamburg. Mit

unverwechselbar französischem Charme und Puschelmikrofon diskutiert er mit seinen Podiumsgästen, dem Filmproduzenten Kristian Kähler, dem deutsch-polnischen Autor Artur Becker und der kasachischen Fotografin Irina Ruppert über ihre persönlichen Erfahrungen in Europa.

Europamarkt

Ein besonderes Fest von jungen Menschen für junge Menschen ist der **Europamarkt am 24. April 2010** auf dem Gänsemarkt. Der Markt wird in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei von vielen jungen, europabegeisterten Hamburgerinnen und Hamburgern ehrenamtlich organisiert, die so ein Zeichen für die Europäische Integration setzen wollen. Die Hamburger Mitglieder des Europäischen Parlaments nehmen an der offiziellen Eröffnung des Europamarktes um 11.00 Uhr auf dem Gänsemarkt teil. Den ganzen Tag gibt es ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm, das von Hamburger Schülerbands, der Hip-Hop Academy, Theatergruppen, Chören und anderen kreativen Talenten gestaltet wird und die kulturelle Vielfalt Europas präsentiert. Am Nachmittag um 15.30 Uhr wird **Sozialsenator Dietrich Wersich** im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung bei einer Podiumsdiskussion mit Hamburger Schülerinnen und Schülern über das Thema „Integration statt Ausgrenzung: Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!“ diskutieren.

Darüber hinaus stellen sich Vertreter des Bundestages und der Hamburgischen Bürgerschaft sowie Vereine und Verbände, Organisationen und Schulen den Fragen rund um Europa. Das Angebot richtet sich insbesondere an junge Menschen, die sich über aktuelle europapolitische Themen oder über Praktika, Freiwilligendienste und Leben und Studieren im europäischen Ausland informieren möchten.

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.hamburg.de/europa>

<http://www.hamburg.de/europamarkt>

Für Rückfragen:

Pressestelle des Senats, Simone Ollesch,

Telefon: (040) 42831-2155, Email: simone.ollesch@sk.hamburg.de

20. April 2010/ pr20

Entwicklungspolitik:

Senat ernennt zwölf Mitglieder des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik

Der Senat hat heute die zwölf Mitglieder des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik ernannt. Das neue Beratungsgremium soll im Auftrag des Senats fachliche Gutachten und Empfehlungen zu den Schwerpunkten seiner entwicklungspolitischen Arbeit erstellen. Die Fragen, die dem Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik vorgelegt werden, können sich auf Hamburgs Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern wie León oder Dar es Salaam beziehen, aber auch auf die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Hamburg, etwa zum Thema Fairer Handel.

„Vielfältiger Sachverstand ist in der Zusammensetzung des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik vereint“, erklärt Hamburgs Staatsrat für auswärtige Angelegenheiten,

Carsten-Ludwig Lüdemann. „Die Mitglieder bringen ihre beruflichen Erfahrungen aus Politik und Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Medien in die entwicklungspolitische Beratungsarbeit ein. Diese Zusammenstellung gewährleistet, dass die Fragestellungen mit breiter Kompetenz und aus unterschiedlichen Blickwinkeln bearbeitet werden.“, so Lüdemann weiter.

Der Senat hat die folgenden zwölf ehrenamtlichen Mitglieder ernannt, davon vier auf Vorschlag der Hamburgischen Bürgerschaft:

- **Herr Thomas Becker**, Goldschmiedemeister
- **Frau Dr. Anke Butscher**, Politik- und Unternehmensberaterin mit Schwerpunkten Entwicklungspolitik und Corporate Social Responsibility
- **Herr Arthur E. Darboven**, Kaufmann, Honorarkonsul der Republik El Salvador in Hamburg
- **Frau Hülya Eralp**, Berufspädagogin, Referentin bei der Beratungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten
- **Herr Dr. Berend Hartnagel**, Autor und Consultant, langjähriger Auslandsbeauftragter für Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

- **Frau Susanne Hesemann**, Diplomvolkswirtin, Leiterin des Fachbereichs „Weltweite Diakonie“ im Diakonischen Werk Hamburg
- **Herr Prof. Dr. Rolf Hofmeier**, Entwicklungsökonom, früherer Direktor des Instituts für Afrika-Kunde in Hamburg
- **Frau Liz Kistner**, Bildungsreferentin in der Open School 21, Expertin für Globales Lernen
- **Frau Emilija Mitrovic**, wissenschaftliche Autorin und Projektleiterin, Mitbegründerin der gewerkschaftlichen Anlaufstelle für Menschen ohne Papiere in Hamburg
- **Herr Reinhard Stuth**, Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.
- **Frau Sabine Tesche**, Journalistin mit Interessenschwerpunkt Entwicklungspolitik
- **Herr Prof. Dr. Wolfgang Willkomm**, Architekt und Hochschullehrer, HafenCity Universität Hamburg, Experte für Planen und Bauen in der Entwicklungszusammenarbeit

Zum Hintergrund: Auf ein Ersuchen der Hamburgischen Bürgerschaft hat der Senat am 20. Oktober 2009 beschlossen, einen Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik einzurichten. Über die personelle Besetzung des Rates wurde vor sechs Monaten noch nicht entschieden. Jede Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft konnte ein Mitglied für den Rat vorschlagen. Die Mitglieder des Rates für nachhaltige Entwicklung werden vom Senat ernannt. Die Amtszeit des Rates endet mit Ablauf der Legislaturperiode der Bürgerschaft.

Für Rückfragen:

Pressestelle des Senats, Simone Ollesch,

Telefon: (040) 42831-2155, Email: simone.ollesch@sk.hamburg.de.

Terminkalender

Vom 26. April bis 2. Mai 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 26.04.2010

- ganztägig** Chicago, U.S.A.
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des Bürgermeisters von Chicago, Richard M. Daley, am „**Richard J. Daley Global Cities Forum**“, einer Konferenz mit den **Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der 28 Partnerstädte von Chicago**, teil.
- 11:00** Staatliche Schule für Gesundheitspflege W1, Aula, Hinrichsenstraße 35
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet die **Auftaktveranstaltung der „Aktionswoche Essstörungen“** mit einem Grußwort.
- 16:00** Chausseestraße 12-16 ; 25797 Wöhrden
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort anlässlich des **Delegationstreffens Hamburg-Wöhrden**.
- 16:30** Thalia-Theater
Bürgermeisterin Christa Goetsch begrüßt die **Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Schulen zu einem Frühjahrsempfang** mit Senatorin Karin von Welck und Joachim Lux, Intendant des Thalia Theaters.
- 18:30** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Anja Hajduk spricht beim **Senatsempfang zum Genossenschaftstag des Verbands Norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (vnw)**.
- 19:30** St. Pauli Theater, Spielbudenplatz 29 – 30
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort auf der **Benefizveranstaltung des Mammazentrums Hamburg**.

Senator Christoph Ahlhaus nimmt teil.
- 19:30** Hotel Atlantic
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil am **Ehrendinner für Dr. Arend Oetker und Prof. Dr.Dr.Dr.h.c.mult. Klaus J.Hopt**, die mit der **Ehrenmedaille der ZEIT-Stiftung und der Bucerius Law School ausgezeichnet** werden.
- 20:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht „**Die Dreigroschenoper**“.

Dienstag, den 27.04.2010

- 12:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort anlässlich des **100jährigen Jubiläums des Helene Lange Gymnasiums**.

- 13:00** Pflegestützpunkt Eimsbüttel, Garstedter Weg 13
Senator Dietrich Wersich eröffnet **Pflegestützpunkt Eimsbüttel** mit einem Grußwort. Mit diesem Standort haben dann alle für Hamburg geplanten Pflegestützpunkte ihre Arbeit aufgenommen.
- 17:00** GIGA German Institute of Global and Area Studies, Neuer Jungfernstieg 21
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnungsfeier der Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers.**
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister spricht anlässlich des **Mai-Empfangs für die Mitglieder der Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte.**
- 19:00** Streit's Filmtheater, Jungfernstieg 38
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Vorpremiere der NDR-Verfilmung von Siegfried Lenz' „Die Auflehnung“.**
- 19:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein **Grußwort zum Senatsempfang für den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe.**
- 19:00** Kirchdorfer Straße 169
Senatorin Anja Hajduk spricht beim **Festlichen Abend des Bürgervereins Wilhelmsburg.**
- 20:30** Einkaufszentrum „Hamburger Meile“, Hamburger Straße 27
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Eröffnung des neuen Einkaufszentrums „Hamburger Meile“.**

Mittwoch, den 28.04.2010

- 09:00** Shanghai
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters reist **zur Eröffnung des Hamburg-Hauses auf der EXPO 2010 nach Shanghai.**
- 09:30** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 6
Senator Dietrich Wersich eröffnet die **Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe** mit einem Grußwort. Die Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz, Ministerin Manuela Schwesig wird gleichfalls zu den Teilnehmern sprechen.
- 11:00** Hamburger Großmarkt
Senator Axel Gedaschko legt den **Grundstein für eine moderne Umschlags- und Lagerhalle auf dem Hamburger Großmarkt.**
- 11:30** Hamburger Sternwarte Bergedorf, Gojenbergsweg 112
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort aus Anlass der **feierlichen Übergabe des fertiggestellten 1-Meter-Spiegelteleskop-Gebäudes.**
- 14:30** Polizeikommissariat 33, Wiesendamm

Senator Christoph Ahlhaus hält ein Grußwort anlässlich der
**Grundsteinlegung des Erweiterungsbaus des Polizeikommissariates
33.**

- 17:00** Blankeneser Landstraße 41
Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nehmen teil an der **Einweihungsfeier des Feuerwehrgerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Blankenese.**
- 17:00** Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg 9-14
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt am **Festakt zur Verleihung des Rinke-Sprachpreises 2010 der Guntram und Irene Rinke Stiftung an Wilhelm Genazino** teil.
- 17:30** Berlin, Botschaft des Königreichs der Niederlande, Klosterstr. 50
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des Botschafters, Marnix Krop, teil am **Empfang anlässlich des Geburtstages Ihrer Majestät Königin Beatrix.**
- 17:30** Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der Veranstaltung „Familiengerechte Hochschule“.**
- 18:00** Harburger Schlossstraße 6-12 ; 21079 Hamburg
Senator Axel Gedaschko hält anlässlich der **INNOTECH- Preisverleihung eine Festansprache zum Thema „Innovations- und Grundstücksförderung in Hamburg“.**
- 19:30** Berlin, Schweizerische Botschaft, Otto-von-Bismarck-Allee 4 A
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf **Einladung des Schweizer Botschafters, Dr. Christian Blickenstorfer, teil am Empfang zu Ehren von Bundespräsidentin Doris Leuthard.**
- 19:30** Rathaus, Phönixsaal
Staatsrat Christian Maaß spricht ein Grußwort **beim Senatsempfang für eine Delegation aus St. Petersburg.**

Donnerstag, den 29.04.2010

- 10:00** Berlin, Botschaft des Sultanats Oman, Clayallee 82
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft die **Botschafterin des Sultanats Oman, Dr. Zainab Ali Said Al-Qasmiah,** zum Gespräch.
- 11:00** Kulturpalast im Wasserwerk, Öjendorfer Weg 30 a
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort bei der **Feier zu „30 Jahre Kulturpalast e.V.“.**
- 12:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Christoph Ahlhaus hält eine Rede anlässlich **der Vereidigung junger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter im Rathaus.**

Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil.

- 12:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft die **Geschäftsträgerin a. i. der Botschaft der Republik Nicaragua, Karla Luzette Beteta Brenes**, zum Gespräch.
- 13:30** Grand Elysée, Rothenbaumchaussee 10
Senator Dietrich Wersich eröffnet den **60. Wissenschaftlichen Kongress des Bundesverbandes der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes** mit einem Grußwort.
- 14:00** Justizvollzugsanstalt Hamburg Fuhlsbüttel, Am Hasenberge
Senator Dr. Till Steffen übergibt einen **Scheck an den Weißen Ring und präsentiert das Cover der neuen CD mit Live-Mitschnitten von Santa-Fu-Knastkonzerten aus dem Projekt „Jam in Jail“**.
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Bürgertages**.

Senator Dietrich Wersich und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nehmen teil.
- 19:00** Kunstverein Harburger Bahnhof, Hannoversche Straße 85
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt an **der Diskussionsrunde „Wohin gehört die Kunst?“** teil.
- 19:00** Auditorium maximum der Bucerius Law School, Jungiusstr. 6, 20355 HH
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an einem **Symposium der ZEIT-Stiftung zum Thema „Universität Hamburg: Perspektiven, Potentiale, Pläne“**.
- Freitag, den 30.04.2010**
- 09:00** Aula des LI, Felix-Dahn-Straße 3
Bürgermeisterin Christa Goetsch begrüßt die **neuen Referendare am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung**.
- 11:00** Asklepios Klinik Harburg, Zentrum für seelische Gesundheit, Eißendorfer Pferdeweg 52
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort aus Anlass der **Einweihung der psychiatrischen Tagesklinik des AK Harburg**.
- 15:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4-6
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck verleiht den **Hamburger Stadtteilkulturpreis 2010**.
- 16:00** Watthalle, Hörnumer Straße 83, 25980 Sylt
Bürgermeister Ole von Beust besucht den **Festakt "90 Jahre Puan Klent auf Sylt"**.
- Sonntag, den 02.05.2010**
- 14:00** in den Wallanlagen – Pflanzen und Blumen – Nähe Minigolfanlagen
Senator Dietrich Wersich besucht das **Jubiläums-Kinderfest des Jugenderholungswerkes aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums**.